



Pressemitteilung der Berliner Erklärung zur Bundestagswahl 2021

100 Tage bis zur Bundestagswahl – Frauen in Deutschland brauchen eine neue Politik

Berlin, 22.6.2021: Mit gemeinsamer Stimme fordern die 41 Frauenverbände der Berliner Erklärung aus allen Bereichen der Gesellschaft die Politik zu entschlossenem Handeln auf: Ein „Weiter so“ darf es nach der Bundestagswahl im Herbst nicht mehr geben, es ist Zeit für Parität, ohne Ausnahmen. Nur mit verbindlichen gesetzlichen Regelungen lassen sich die Gender Gaps bis 2030 schließen.

„Es wurde viel über die Brennglaswirkung der Corona Pandemie geschrieben und diskutiert. Kein Ereignis der jüngeren Geschichte hat so deutlich gezeigt, wie weit wir von der Gleichberechtigung von Frauen und Männern in unserem Land entfernt sind“, sagt Monika Schulz-Strelow, Präsidentin von Frauen in die Aufsichtsräte e. V. (FidAR) und eine der Initiatorinnen des Bündnisses. „Wir haben kein Erkenntnis- sondern ein Umsetzungsproblem“, ergänzt die Vorsitzende von UN Women Deutschland e. V., Elke Ferner. Nur mit verbindlichen und wirksamen Maßnahmen kommt die Politik ihrem in der Verfassung verankerten Auftrag nach, für die Beseitigung der Nachteile von Frauen zu sorgen.“

In ihrem gemeinsamen Maßnahmenkatalog, den sie an die Bundesparteien und ihre Spitzenkandidat:innen richten, fordern die Vertreter:innen der Berliner Erklärung Parität quer durch alle gesellschaftlichen Bereiche, gleiche Bezahlung und gleiche Bedingungen in der Arbeitswelt, die Gleichstellung als Leitprinzip in allen Politikfeldern und ein Leben frei von Gewalt für alle Frauen.

Die Verbände dieses Bündnisses mit ihren unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen vertreten Frauen in all ihrer Vielfalt. Sie sind sich einig darin, dass die Veränderungen schnell kommen müssen, damit für Frauen Chancengerechtigkeit erreicht wird, sie unter fairen, sicheren und würdevollen Bedingungen ihr Berufsleben gestalten können und mehr Vereinbarkeit von Familie und Karriere ermöglicht wird. Dies betrifft alle Bereiche: Die Privatwirtschaft genauso wie die Politik, die Forschung und Lehre, die Kultur oder die Medizin. „Die Gleichstellung von Frauen muss als Querschnittsaufgabe verstanden werden. Es geht um Parität in den Parlamenten, genauso wie in den Aufsichtsräten und Vorstandsetagen oder bei der Besetzung von Lehrstühlen und Verwaltungspositionen der Universitäten und Spitzenpositionen aller klinischen Fächer an Krankenhäusern“, unterstreicht Dr. Christiane Groß, Präsidentin des Deutschen Ärztinnenbund e. V. (DÄB).

„Der Forderungskatalog der Berliner Erklärung veranschaulicht eindringlich, wie groß der Handlungsbedarf ist, und gleichzeitig liefert diese geballte Expertise der Politik so konkrete wie machbare Handlungsmöglichkeiten“, hebt Jasmin Arabian-Vogel, Präsidentin des Verband deutscher Unternehmerinnen e. V. (VdU), hervor. „Wir haben aufgezeigt, was zu tun ist, der Ball liegt nun bei den Akteur:innen der künftigen Regierung“, ergänzt ihre Bündnispartnerin Petra Bentkämper, Präsidentin des Deutschen LandFrauenverband e. V. (dlv).

Heute findet das erste Gespräch mit der Spitzenkandidatin Janine Wissler, DIE LINKE, statt. „Im nächsten Schritt werden Gespräche mit CDU, CSU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und



FDP stattfinden“, sagt Friederike Sittler, Vorsitzende des Journalistinnenbund e. V. (jb). „Unser Ziel ist die Aufnahme unserer Forderungen im Koalitionspapier, unabhängig vom Ausgang der Wahl. Wir erwarten von einer neuen Bundesregierung entsprechende Gesetzesvorgaben.“

Den Forderungskatalog der Berliner Erklärung finden Sie im Anhang.

Das überfraktionelle Bündnis der Berliner Erklärung existiert seit 2011. Aktuell gehören ihm 21 Frauenverbände als Initiator:innen und 20 Verbündete aus unterschiedlichen Berufs- und Tätigkeitsfeldern an.

www.berlinererklaerung.de; #BerlinerErklärung



Die 21 Initiatorinnen:

Arbeitsgemeinschaft Anwältinnen im DAV, 270 Mitglieder, Christina Dillenburg, Vorsitzende www.davanwaeltinnen.de

BAG kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen, 1.900 Mitglieder, Christel Steylaers, Bundessprecherin www.frauenbeauftragte.de

Business und Professional Women (BPW) Germany, 1.600 Mitglieder (Deutschland) 30.000 Mitglieder in 100 Ländern, Uta Zech, Präsidentin www.bpw-germany.de

dbb bundesfrauenvertretung, 436.000 Mitglieder, Milanie Kreutz, Vorsitzende www.dbb.de

Deutscher Ärztinnenbund e.V. (DÄB), 2.400 Mitglieder, Dr. Christiane Groß M.A., Präsidentin www.aerztinnenbund.de

Deutscher Akademikerinnenbund e.V. (DAB), 412 Mitglieder, Manuela B. Queitsch, Präsidentin, www.dab-ev.org

deutscher ingenieurinnenbund e.V. (dib), 400 Mitglieder, Sylvia Kegel, Delegierte www.dibev.de

Deutscher LandFrauenverband e.V. (dlv), 450.000 Mitglieder, Petra Bentkämper, Präsidentin www.landfrauen.info

Digital Media Women e.V. (DMW), 820 Mitglieder und 30.600 Community Mitglieder, Sandra Roggow, 2. Vorstandsvorsitzende www.digitalmediawomen.de

EAF Berlin | Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft, 2.000 Unterstützer/innen, Dr. Helga Lukoschat, Vorsitzende www.eaf-berlin.de

European Women's Management Development International Network e.V. (EWMD Deutschland), 470 Mitglieder in Deutschland; 900 Mitglieder europa- und weltweit, Ariane Bischoff, President www.ewmd.org

FidAR - Frauen in die Aufsichtsräte e.V., 1.100 Mitglieder, 5.000 Unterstützer*innen, Monika Schulz-Strelow, Präsidentin www.fidar.de

Frauen im Management e.V. (fim), 180 Mitglieder, Bärbel Jacob, Bundesvorstand www.fim.de



Journalistinnenbund e.V. (jb), 400 Mitglieder, Friederike Sittler, Vorsitzende
www.journalistinnen.de

Power to Transform! e.V., Barbara Rohm, Vorstand www.power-to-transform.org

Pro Quote Film e.V., 1.500 Unterstützer*innen, Margrét Rún, Vorstand www.proquote-film.de

ProQuote Medien e.V., 200 Mitglieder, 5.000 Unterstützerinnen und Unterstützer, Edith Heitkämper, Vorsitzende www.pro-quote.de

ProQuote Medizin, 700 unterstützende Unterschriften, davon 80 Professoren und Professorinnen, Prof. Dr. Gabriele Kaczmarczyk, Initiatorin pro-quote-medizin.de

UN Women Deutschland e.V., 1.200 Mitglieder, Elke Ferner, Vorsitzende www.unwomen.de

Verband deutscher Unternehmerinnen e.V. (VdU), 1.800 Mitglieder und Interessentinnen, 16 Landesverbände, Jasmin Arababian-Vogel, Präsidentin www.vdu.de

Working Moms – Pro Kinder Pro Karriere e.V. (WM), 660 Mitglieder, Lucia Mathée, Vorsitzende www.workingmoms.de

Folgende 20 Verbündete tragen die Forderungen der Berliner Erklärung mit:

Bücherfrauen e.V.
www.buecherfrauen.de

Bukof - Bundeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen
www.bukof.de

Deutscher Hebammenverband e.V.
www.hebammenverband.de

Femtec Alumnae e.V.
www.femtec-alumnae.org

Fondsfrauen
www.fondsfrauen.de

Frauen in der Immobilienwirtschaft e.V.
www.immofrauen.de

Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg e.V.
www.frauenpolitischer-rat.de

Landesfrauenrat Berlin e.V.
www.lfr-berlin.de

Landesfrauenrat Hamburg e.V.
www.landesfrauenrat-hamburg.de

Landesfrauenrat Rheinland-Pfalz e.V.
www.landesfrauenrat-rlp.de

Pro Quote Bühne e.V.
www.proquote-buehne.de

PROUT AT WORK-FOUNDATION
www.proutatwork.de

Soroptimist International Deutschland
www.soroptimist.de

Spitzenfrauen Gesundheit e.V.
www.spitzenfrauengesundheit.de

Stiftung erste deutsche Astronautin gGmbH
www.dieastronautin.de

Union deutscher Zonta Clubs www.zonta-union.de

Verband alleinerziehender Mütter und Väter Bundesverband e.V.
www.vamv.de

Verband berufstätiger Mütter (VBM) e.V.
www.vbm-online.de

Webgrrls.de www.webgrrls.de

Women in Film and Television Germany (WIFTG) www.wiftg.de

Weitere Informationen: www.berlinererklaerung.de

Pressekontakt: Monika Schulz-Strelow, Präsidentin FidAR e.V., Tel: 030 887 14 47 16